



Ausgabe: November 2021

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	4
2.1 Bundesgericht	4
2.2 Kantonale Entscheide	5
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	5
3. Neue Volksinitiativen	6
4. Publikationen	6
5. Dokumentation und Kontakt	8



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

- NZZ** 29.10.2021, S. 16
Justiz-Initiative: Die Schuldunfähigkeit der Schweizer Politik – Die Justiz-Initiative will, dass Richterinnen und Richter parteipolitisch unabhängig und nur aufgrund ihrer fachlichen und persönlichen Fähigkeiten in einem qualifizierten Losverfahren gewählt werden. ([Link](#))
- TA** 31.10.2021
Ist wirklich etwas faul im Rechtsstaat Schweiz? – Die Justizinitiative verspricht, das System der Richterwahl in der Schweiz grundlegend zu verbessern. Dieses Versprechen wird sie nicht einlösen können. (Gastkommentar von Prof. Dr. iur. Lorenz Langer) ([Link](#))
- NZZ** 02.11.2021, S. 18
Die Kirchen machen Politik – ist das wünschenswert? – Die Kirchen in Deutschland wollen nicht länger Gegenmacht sein, sie wollen teilhaben an der Macht. Sie wollen Partei nehmen, Klima retten, Faschos bekämpfen. Ist das wünschenswert? ([Link](#))
- WIZ** 04.11.2021
Demokratie für das Netz – Das World Wide Web sollte eigentlich ein Ort sein, an dem Informationen frei zugänglich sind. Ein Ort, an dem Wissen geteilt und gemeinsam genutzt werden kann. Weil die Monopolisierung im digitalen Raum immer weiter zunimmt, ist diese Vision allerdings längst in weite Ferne gerückt. Techkonzerne wie Google, Facebook oder Microsoft versuchen, Märkte an sich zu reißen, die Konkurrenz auszubooten und Nutzer:innen an sich zu binden. ([Link](#))
- WIZ** 04.11.2021
Wohin mit der Demokratie? – «Zwingt uns diese ganze Digitalisierung in ein völlig neues Demokratieverständnis?», fragt SP-Altbundesrat Moritz Leuenberger vom Bildschirm. Damit stellt er die Weichen für die Ausstellung „Digitale Demokratie.“ ([Link](#))
- WIZ** 04.11.2021
«Wer kritische Fragen stellt, wird entlassen» – Die Pflegeinitiative gewinnt an Fahrt: Zum ersten Mal könnte eine gesundheitspolitische Volksinitiative an der Urne durchkommen. Für Pierre-André Wagner vom Berufsverband der Pflegefachpersonen hat sie das Potenzial zum Systemwechsel. ([Link](#))
- NZZ** 04.11.2021, S. 9
Schweizer Föderalismus: Modell Deutschland oder back to the roots? – Der Schweizer Föderalismus hat eine einzigartige Entwicklung hinter sich. 1848 noch als duales Modell nach US-amerikanischen Vorbild konzipiert, hat er sich



zum Paradebeispiel administrativer Prägung entwickelt. Doch Mitwirkungsinstrumente wie beim deutschen Modell fehlen aber weitgehend, und auch bei den Finanzströmen wäre es Zeit zum Aufräumen. ([Link](#))

NZZ 04.11.2021, S. 17

Die Zauberformel für den Bundesrat steht schief in der Landschaft – aber sie steht – Zwei Jahre vor den Wahlen stehen die Parteien unter Stress, weil klare Regeln für die Zusammensetzung der Regierung fehlen. Doch die Aufregung ist übertrieben. 2023 sind kaum Veränderungen zu erwarten. Die Grünen müssen sich gedulden – und ihr Verhältnis zur SP klären. ([Link](#))

NZZ 05.11.2021, S. 9

Die Kantone verlangen mehr Geld für das E-Voting – Schwyz will das Projekt ganz versenken – Der Bundesrat will wieder Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe durchführen. Angesichts der entdeckten Sicherheitslücken muss das Vertrauen der Stimmbürger erneut gewonnen werden. ([Link](#))

NZZ 06.11.2021, S. 9

Staatsrechtsprofessor Uhlmann zum Covid-Zertifikat: „Das Parlament hätte Leitplanken setzen müssen“ – Muss die 2-G-Regel eingeführt werden, dann sollte darüber das Parlament – und nicht der Bundesrat im Alleingang – entscheiden: Dieser Ansicht ist der Zürcher Staatsrechtsprofessor Felix Uhlmann. Er fordert eine bessere Evaluation der Massnahmen. ([Link](#))

NZZ 06.11.2021, S. 22

„China-Bashing“ ist ein billiger Vorwurf – Wer den Journalisten „China-Bashing“ unterstellt, hat die Rolle der Medien in Demokratien missverstanden. ([Link](#))

NZZ 08.11.2021, S. 18

Richterwahlen: Demokratie statt Lotterie – Die Bestellung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter durch Fachgremien und durch das Los, das heisst ohne Mitwirkung des Parlaments, ist unserer Demokratie nicht würdig. (Gastkommentar von Prof. em. Dr. iur. Tobias Jaag) ([Link](#))

NZZ 09.11.2021, S. 9

In Genf sollen Staatsräte abgesetzt werden können, wenn sie „wegen ihres Verhaltens das Vertrauen der Stimmbürger verloren haben.“ Aber wie definiert man das? – Die Affäre Maudet hat Genf jahrelang in Atem gehalten. Nun will der Kanton Regeln einführen, um solche Eskalationen zu verhindern. Auch lebenslange Renten für Staatsräte sollen der Vergangenheit angehören. ([Link](#))

NZZ 10.11.2021, S. 17

Bundesrichter sind keine politischen Eunuchen – Die Justizinitiative will die Richterwahlen dem Einfluss der Parteien entziehen. Weshalb? Die Justiz ist nicht unpolitisch. ([Link](#))



NZZ 10.11.2021, S. 18
Das Covid-19-Gesetz ist nicht verfassungswidrig – Massnahmen zur Eindäm-
mung einer Pandemie müssen häufig und rasch den Entwicklungen der epidemi-
ologischen Lage angepasst werden. Eine Replik auf den Gastkommentar von An-
dreas Kley zur Verfassungsmässigkeit des Covid-19-Gesetzes. (Gastkommentar
von Prof. em. Dr. iur. Georg Müller und Prof. em. Dr. iur. René Rhinow) ([Link](#))

NZZ 17.11.2021, S. 19
Freiheit und freiheitliche Verfassung in Zeiten der Pandemie – Unter den Gegnern
des Covid-19-Gesetzes findet sich eine Gruppierung, die sich Freunde der Ver-
fassung nennt. Sie prangert eine Machtanmassung des Staates und seiner Büro-
kratie an, von Wissenschaftern und ihren Institutionen. Was ist davon zu halten?
(Gastkommentar von Prof. em. Dr. iur. Daniel Thürer) ([Link](#))

NZZ 19.11.2021, S. 18
Wie Volksinitiativen die Bundesverfassung zum Sammelsurium machen – Volks-
initiativen geraten zusehends zu Experimenten mit beschränkter Haftung. Man
formuliert unbedacht drauflos. So entstehen Verfassungstexte, die nicht ernst ge-
meint sind – eine Bankrotterklärung. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 28. Oktober 2021 ([1C 373/2021](#)) (ital.)

Kreditbeschluss des Grossen Rats des Kantons Tessin vom 12. April 2021 bezüg-
lich Regionalspital Bellinzona – Die Beschwerdeführenden rügen Unregelmässig-
keiten und Unklarheiten in der Botschaft des Staatsrats – Das Bundesgericht weist
die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 29. Oktober 2021 ([1C 646/2021](#))

Volksabstimmung vom 26. September 2021 – Der Beschwerdeführer macht gel-
tend, dass ihm die Abstimmungsunterlagen nicht zugestellt worden seien – Man-
gels Einhaltung der Anforderungen der qualifizierten Rügepflicht (Art. 106 Abs. 2
BGG) tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 11. November 2021 ([1C 671/2021](#))

Volksabstimmung vom 28. November 2021 betreffend die Änderung vom 19. März
2021 des Covid-19-Gesetzes – Der Beschwerdeführer macht geltend, dass die
Stimmberechtigten falsch und irreführend informiert worden seien – Das Bundes-
gericht tritt nicht auf die Beschwerde ein und überweist sie zuständigkeitshalber an
den Regierungsrat Zürich.



Urteil des Bundesgerichts vom 12. November 2021 ([1F 38/2021](#))

Revisionsgesuch gegen das Urteil [1C 576/2021](#) – Mangels Geltendmachung eines Revisionsgrundes tritt das Bundesgericht nicht auf das Gesuch ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 15. November 2021 ([1C 673/2021](#))

Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. November 2021 betreffend die Änderung vom 19. März 2021 des Covid-19-Gesetzes – Mangels Einhaltung der Formerfordernisse von Art. 42 Abs. 2 BGG und Art. 106 Abs. 2 BGG tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.

2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 2. September 2021 ([VB.2021.00422](#))

Beschluss der Gemeindeversammlung Weiach vom 16. März 2021 bezüglich der Initiative „Auflösung der Anschlussverträge mit Fisibach und Kaiserstuhl“ – Die Beschwerdeführerin rügt eine Verletzung von Art. 34 BV im Zusammenhang mit diversen Unregelmässigkeiten während der Versammlung – Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 21. September 2021 ([V 21 4](#)) (ital.)

Ersatzwahl zweier Mitglieder des Gemeinderats in B. vom 13. Juni 2021 – Der Rekurrent macht geltend, dass die gewählte Gemeinderätin C. keinen Wohnsitz in B. habe und deshalb gar nicht hätte kandidieren dürfen – Das Verwaltungsgericht weist den Rekurs ab.



Urteil des Kantonsgerichts Genf vom 21. Oktober ([ACST/36/2021](#))

Anfechtung von Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes über den Schutz von Whistleblowern in der öffentlichen Verwaltung (abstrakte Normenkontrolle) – Die Beschwerdeführenden machen eine Verletzung des Rechts auf rechtliches Gehör i.S.v. Art. 29 Abs. 2 BV geltend – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



Entscheid der UBI vom 22. Oktober 2021 ([b.901](#))

Löschung eines Kommentars unter einem Instagram-Eintrag von SRF News – Die Beschwerdeführerin macht geltend, dass ihr Recht auf freie Meinungsäusserung (Art. 16 Abs. 2 BV) durch die Löschung verletzt wurde, obwohl dieses von SRF gemäss Art. 4 Abs. 1 RTVG i.V.m. Art. 35 Abs. 1 BV zu beachten sei – Die UBI tritt wegen Unzuständigkeit nicht auf die Beschwerde ein. Nach einer entsprechenden Überweisung durch die Ombudsstelle ist das Verfahren aber vor dem BAKOM hängig.

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium (9) (-1)
- In Auszählung (0) (0)
- Beim Bundesrat hängig (4) (0)
- Beim Parlament hängig (4) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen (2) (-2)



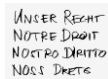
Mitteilung der Bundeskanzlei vom 8. November 2021

Die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative „Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr“ ist am 5. November 2021 unbenutzt abgelaufen. Die Initiative ist somit im Sammelstadium gescheitert. ([BBI 2021 2591](#))

4. Publikationen



AMMANN ODILE, Sollten die höchsten Richterinnen und Richter im Losverfahren bestimmt werden?, Überlegungen zur richterlichen Unabhängigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Schweizerischen „Justiz-Initiative“, in: URBANIK JAKUB/BODNAR ADAM (Hrsg.), Law in the Days of Constitutional Crisis, Studies Offered to Mirosław Wyrzykowski, München 2021, S. 7 ff. ([Verlag](#)) ([Link](#))



AMMANN ODILE/SCHÄRLI MARKUS, Richterinnen und Richter sollten keine Parteivertreter mehr sein, Unser Recht vom 11. November 2021 ([Link](#))



BIAGGINI GIOVANNI, Die Volksabstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative vor Bundesgericht, Einblicke in die höchstrichterliche Innovationswerkstatt aus Anlass des Nichteintretensentscheids [BGE 147 I 194](#) und der Abschreibungsverfügung vom 23. März 2021, ZBI 122/2021, S. 614 ff. ([Swisslex](#))

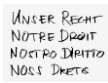


BIGLER-EGGENBERGER MARGRITH, Juristin ohne Stimm- und Wahlrecht, Ein Erfahrungsbericht, in: JURISTINNEN SCHWEIZ (Hrsg.), Recht und Geschlecht, Herausforderungen der Gleichstellung – Quelques réflexions 50 ans après le suffrage des femmes, Zürich/St. Gallen 2021, S. 37 ff. ([Verlag](#))



BRAUN BINDER NADJA/GLASER ANDREAS, Die Verschiebung von Volkswahlen und Volksabstimmungen, Eine Analyse ausgehend von Erfahrungen im Zuge der Corona-Pandemie, ZBI 122/2021, S. 591 ff. ([Swisslex](#))

¹ Stand 30.11.2021.



FLACH BEAT, Das Justizsystem nicht über den Haufen werfen, Unser Recht vom
23. November 2021 ([Link](#))



GROSZ MIRINA, Grundrechte und Klimaschutz: Nationale Perspektive, AJP 2021,
S. 1361 ff. ([Swisslex](#))



HUANG HSIN YING/KOVACS MATE/KRYSSANOV VICTOR/SERDÜLT UWE, Towards a
Model of Online Petition Signing Dynamics on the Join Platform in Taiwan, in:
TERÁN LUIS/PINCAJ JHONNY/PORTMANN EDY (Hrsg.), 2021 Eighth International
Conference on eDemocracy & eGovernment (ICEDEG), Quito 2021 ([Link](#))



KELLER HELEN/PISKÓTY RÉKA, Klimabeschwerden: Zulässigkeithürden vor dem
EGMR, AJP 2021, S. 1367 ff. ([Swisslex](#))



LEHNER IRINA, Are Direct-Democratic Political Rights Used to Combat Inequal-
ity?, in: HUSSMANN LUKAS/NICKERSON NICOLE/SANG BASTIAN AREZOO/WUJOHKT-
SANG YOULO (Hrsg.), Unter Gleichen, Analysen und Perspektiven von Assistie-
renden des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich (APA-
RIUZ), Band 22, Zürich 2021, S. 65 ff. ([Verlag](#)) ([Open Access](#))



MIJATOVIC NEBOJSA, Political Rights of Foreigners: An Issue to be Tackled on the
Basis of Human Dignity?, in: HUSSMANN/NICKERSON/SANG BASTIAN/WUJOHKT-
SANG (Hrsg.), S. 87 ff. ([Verlag](#)) ([Open Access](#))



OSTERLOH MARGIT, Die Justiz-Initiative: Gründe für die qualifizierte Losauswahl,
Jusletter vom 1. November 2021 ([Jusletter](#))



RHYN LARISSA, Covid-19-Gesetz: Darum geht es in der zweiten Volksabstim-
mung, SJZ 117/2021, S. 1034 ([Swisslex](#))



SCHLÄPPI ERIKA, Vom Stimm- und Wahlrecht zur effektiven politischen Partizipa-
tion, Formelle und materielle Gleichheit – und die Notwendigkeit positiver Mass-
nahmen, in: JURISTINNEN SCHWEIZ (Hrsg.), S. 47 ff. ([Verlag](#))



SCHMID STEFAN G./HERZOG MICHA, Dringliche Gesetzgebung auf dem Prüfstand,
Ein Blick auf das Covid-19-Gesetz und das nachträgliche Referendum anlässlich



der Volksabstimmung vom 28. November 2021, Jusletter vom 22. November 2021 ([Jusletter](#))



STIANSEN ØYVIND/STADELMANN THOMAS, Empirische Forschung: Wiederwahl und richterliche Unabhängigkeit, Empirische Betrachtungen zum Einfluss von Amtsdauer und Wiederwahl auf die richterliche Unabhängigkeit und das Entscheidungsverhalten von Richterinnen und Richter, Jusletter vom 1. November 2021 ([Jusletter](#))



VISCHER BENEDICT, Wer ist zuständig für die Konkretisierung des Verhüllungsverbots?, Art. 10a BV im Kontext der bundesstaatlichen Kompetenzordnung, Jusletter vom 22. November 2021 ([Jusletter](#))



WECKER REGINA, „...denn die Frauen werden ja wohl auch zum Volke gezählt werden“, Historische Blicke auf die Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts zur Gleichstellung von Mann und Frau, in: JURISTINNEN SCHWEIZ (Hrsg.), S. 15 ff. ([Verlag](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Isabel Liniger, MLaw